



II—**3894** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Wien, 1978-06-15

Zl. 419.571/1-IV/1/78

Parlamentarische Anfrage der  
Abg.z.NR Burger, Ing. Letmaier,  
Wimmersberger und Genossen,  
Nr. 1837/J

**1825/AB**

**1978 -06- 15**

**zu 1837/J**

Herrn

Präsident des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament  
1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Burger, Ing. Letmaier, Wimmersberger und Genossen haben an mich am 21. April 1978 unter Nr. 1837/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend finanzielle Belastung der verstaatlichten Industrie durch das von der Bundesregierung initiierte und von der sozialistischen Nationalratsmehrheit beschlossene Straßenverkehrsbeitragsgesetz gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Durch dieses Gesetz werden zweifellos alle Transportunternehmen gefährdet und zusätzlich finanziell schwer belastet. Da dieses Gesetz auch die Verstaatlichte Industrie trifft, die im großem Ausmaß mit firmeneigenen Lkws ihre Produkte direkt an die Abnehmer ausliefern,

richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Wieviel firmeneigene Lkws stehen im Werks- und Fernverkehr innerhalb der Verstaatlichten Betriebe, aufgegliedert nach Firmen, im Einsatz ?

- 2) Wie hoch wird die voraussichtliche jährliche Belastung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, aufgegliedert nach den einzelnen Betrieben sein ?"

Ich beehre mich, die Anfrage bzw. deren zwei Punkte zusammengefaßt wie folgt zu beantworten:

Die durchgeführten Erhebungen haben bestätigt, daß schon in den Vorbemerkungen zur Anfrage von unzutreffenden Annahmen ausgegangen wird.

Die verstaatlichte Industrie liefert nämlich ihre Güter keineswegs "im großem Ausmaß mit firmeneigenen Kraftfahrzeugen aus". Insgesamt sind in ihrem Bereich 393 straßenverkehrsbeitragspflichtige LKW bzw. 273 Anhänger im Einsatz; das ist etwa ein Hundertstel des beitragspflichtigen Fahrzeugbestandes Österreichs.

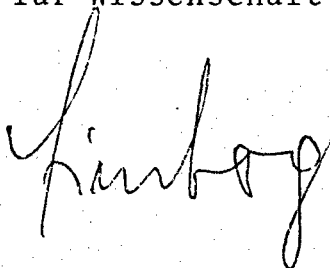
Die verstaatlichte Industrie befördert 76 % der Gütertonnage per Bahn, Schiff und Pipeline und trägt damit zur Auslastung der Verkehrsträger Bahn und Schiff nicht unwesentlich bei. Ein Teil der Frachten wird durch private Speditionsfirmen befördert.

Dementsprechend wird die Belastung der verstaatlichten Industrie durch den für firmeneigene Fahrzeuge zu entrichtenden Straßenverkehrsbeitrag auch nur etwas mehr als 12 Millionen Schilling jährlich betragen. Das sind 0,012 % des Umsatzes der von der Erhebung erfaßten Unternehmungen.

Im einzelnen darf auf die als Anlage beigeschlossene Übersicht verwiesen werden.

#### Anlage

Der den Bundeskanzler gemäß  
Art. 69 Abs. 2 B-VG vertretende  
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung



A n l a g e  
zur Beantwortung der Anfrage Nr. 1837/J

Firma	Anzahl der beitragspflichtigen LKW	Anhänger	Straßen- verkehrsbeitrag S
VÖEST ALPINE AG	56	40	1,886.000
WBB	--	--	--
Binder & Co. AG	--	--	--
VÖEST Montage Wels	1	4	47.000
Hütte Krems	4	8	240.000
VÖEST Stahlhandel	60	24	1,407.000
VEW	12	3	171.000
Vereinigte Metall- werke - Ranshofen Berndorf	--	--	--
BBU	10	1	132.000
ÖMV	98	116	3,448.000
MARTHA	56	24	2,215.000
ELAN	47	33	1,977.000
CL	13	7	228.000
Elin Union	22	11	376.000
SGP	7	2	88.000
Wolfsegg-Traunthaler Kohle	7	--	77.000
insgesamt	393	273	12,292.000